



## „Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

# Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



**Ärztinnen und Ärzte sind oftmals die Schnittstelle zwischen Mensch und Gesundheit. Um auch in Zukunft eine bedarfsgerechte, wohnortnahe hausärztliche Versorgung sicherzustellen, ...**

... müssen wir vor allem für junge Medizinerinnen und Mediziner Anreize schaffen, die das Hausarztmodell attraktiver machen. Der Allgemeinmediziner ist als Lotse durch die medizinische Versorgung wichtiger denn je. Alles ist komplexer geworden. Das macht das Hausarztmodell umso unverzichtbarer. Wir brauchen den Doktor des Vertrauens im Quartier, im Dorf, in der Stadt, quasi den „Universalist“, der den Menschen ganzheitlich sieht. Um dafür den ärztlichen Nachwuchs zu begeistern, brauchen wir weitergehende Finanzierungsmodelle und Abrechnungsmodi und Projekte wie Eva, die „Entlastende Versorgungsassistentin“, um die drohende Unterversorgung abzufedern.

... ist es wichtig, bereits bei der Mediziner Ausbildung anzusetzen und genügend Studienplätze zu schaffen. Das Interesse junger Menschen am Medizinstudium ist nach wie vor groß. Die Landesregierung muss darauf mit zusätzlichen Studienplätzen reagieren. Die CDU-Fraktion hat mit der Initiative „Wir wollen den Arzt vor Ort“ ein Konzept entwickelt, um eine ortsnahe, allgemeinmedizinische Versorgung künftig umfassender sicherzustellen. Vor allem junge Ärztinnen und Ärzte müssen durch attraktive Anreize motiviert werden, sich in Gebieten niederzulassen, die bereits jetzt vom Ärztemangel bedroht sind oder es bald sein werden.

**Neben der ambulanten Versorgung stellt auch die Sicherung der stationären Versorgung eine Herausforderung dar. Um ausreichendes und gutes Personal für die Krankenhäuser zu gewinnen und auch zu halten, ...**

... ist es unerlässlich, dass das pflegerische und medizinische Personal endlich die gesellschaftliche Wertschätzung erfährt, die seiner Verantwortung gerecht wird. Dazu gehören eine entsprechende Entlohnung, akzeptable Arbeitsbedingungen, die auch junge Menschen ansprechen, sich für „Rund-um-die-Uhr-Berufe“ zu entscheiden. Auch hier gilt: Arbeitsbedingungen müssen sich hinsichtlich Arbeitszeit und Flexibilität am Lebensalltag orientieren. Dazu gehören unter anderem familienfreundliche Angebote wie Kinderbetreuung oder Freistellungsmöglichkeiten, um den Anforderungen in der Familie ebenfalls gewachsen zu sein.

... müssen alle Tätigkeiten im Bereich der medizinischen Versorgung und Pflege mehr Wertschätzung erfahren. Dazu gehören neben einer angemessenen Vergütung auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl für medizinische als auch für pflegerische Fachkräfte. Die Unterstützung durch ausländische Fachkräfte ist ausdrücklich zu begrüßen. Hierfür muss die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse dringend vereinfacht und beschleunigt werden.

**Auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wäre ein Fachkräftemangel in medizinischen Berufen fatal. Um dem vorzubeugen, ...**

... ist es wichtig, die bereits im Gesundheitswesen arbeitenden Fachkräfte zu halten und neue zu binden. Dafür sind unterschiedliche Stellenmodelle und Arbeitsangebote vonnöten. Es braucht viele Maßnahmen, um das vorhandene Personal zu stärken und nicht nur eine alleinige Zuwanderung von Fach- und Pflegekräften aus dem Ausland. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, das hohe Niveau des Gesundheitswesens gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung zu sichern. Da sind Arbeitgeber, Verbände und Staat gleichermaßen in der Verantwortung. Wir brauchen eine „Behaltekultur“, für die bereits Beschäftigten, und für den Nachwuchs eine „Willkommenskultur“.

... müssen wir die Ausbildung von ausreichend medizinischen Fachkräften sicherstellen. Auch die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland kann dazu beitragen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Zudem muss der Telemedizin ein größerer Stellenwert eingeräumt werden. Sie ermöglicht es, unter Einsatz audiovisueller Kommunikationstechnologien trotz räumlicher Trennung Diagnostik, Konsultation und medizinische Notfalldienste anzubieten. Dies wird in Zukunft vor allem im ländlichen Raum ein wichtiger Bestandteil der medizinischen Versorgung sein. Pflegebedürftigkeit muss durch Prävention und Rehabilitation so lange wie möglich vermieden werden.



## Diesmal zum Thema hausärztliche Versorgung.



... müssen wir erreichen, dass sich wieder mehr Medizinerinnen und Mediziner hierfür entscheiden. Neue Arbeitszeit- und Kooperationsformen sind notwendig, mit denen sie Beruf, Familie, Pflege und Freizeit vereinbaren können. In Zukunft werden daher alternative Kooperationsformen und neue Niederlassungsmodelle wichtig sein, wie auch die Möglichkeit, im Angestelltenverhältnis tätig zu sein. Aufgabe wird es sein, die Sicherstellung einer flächendeckenden, zugänglichen, wohnortnahen ärztlichen, pflegerischen und psychosozialen Versorgung auch in ländlichen und strukturschwachen Regionen sowie in sozial benachteiligten Stadtteilen sicherzustellen.

... ist die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig. Motivierende und gesunde Arbeitsbedingungen sowie eine angemessene Personalausstattung in den Krankenhäusern sind hierzu wichtig. Zunehmende Arbeitsverdichtung und ein massiver Personalabbau insbesondere in der Pflege gefährden die Versorgungsqualität. Daher muss der Bund die Rahmenbedingungen zur Finanzierung – vor allem – des Pflegepersonals in den Krankenhäusern verbessern. Eine neue Personalbemessung ist notwendig, bei dem der Personalbedarf aus dem Pflegebedarf der Patientinnen und Patienten bemessen und sichergestellt wird, dass die vorgesehenen Mittel in der Pflege ankommen.

... ist bereits durch Rot-Grün die Zahl der Medizinstudienplätze um zehn Prozent erhöht worden. 2011 bis 2015 werden jährlich rund 200 zusätzliche Medizinstudierende aufgenommen. 50 Millionen Euro stellt das Land hierfür bereit. Weitere Studienplätze werden im Rahmen einer Kooperation zwischen der Uni Bochum und den Kliniken in Ostwestfalen-Lippe eingerichtet. Gleichzeitig wollen wir die Studierenden auch für eine hausärztliche Tätigkeit interessieren und die Allgemeinmedizin in der Ausbildung stärken. Um die Ärztinnen und Ärzte auch für den ländlichen Raum zu gewinnen, bietet das Programm „Hausärztliche Versorgung“ diverse Fördermöglichkeiten.



... brauchen wir vor allem weiterhin motivierte und engagierte Ärzte. Deswegen ist es wichtig, attraktive Bedingungen für die Niederlassung zu schaffen. Das von der FDP im Bund auf den Weg gebrachte Versorgungsstrukturgesetz beinhaltet schon wichtige Schritte. Durch den Wegfall der Residenzpflicht können Ärzte nun frei entscheiden, wo sie leben möchten, und sind nicht mehr gezwungen, am Praxisstandort zu wohnen. Ebenso wurden die Möglichkeit einer bis zu zwölfmonatigen Praxisvertretung und die Option der Eröffnung von Teilzeitpraxen geschaffen. NRW braucht eine Bedarfsplanung, die regional verankert ist und Flexibilität gewährt.

... muss die Familienfreundlichkeit der Krankenhäuser weiter verbessert werden. Dazu hat die FDP schon in der Vergangenheit Initiativen in den Landtag eingebracht. Viele Kliniken bieten bereits attraktive und flexible Arbeitszeitmodelle und Unterstützung bei der Kinderbetreuung an. Zudem benötigen Beschäftigte im stationären Bereich gesundheitsfördernde und weniger belastende Arbeitsbedingungen. Dazu gibt es in Krankenhäusern in NRW bereits gute Projekte – einige Kliniken bieten zum Beispiel Ausgleichssport oder eine 24-Stunden-Hotline an, die Mitarbeiter, deren psychische Belastung häufig sehr hoch ist, kontaktieren können.

... ist es notwendig, die Wertschätzung für die Menschen in pflegerischen und medizinischen Berufen, die wichtigen Dienst in unserer Gesellschaft leisten, zu erhöhen. Die Ausbildung für Pflegeberufe muss generalisiert werden. Die Akademisierung zu fördern, ist sinnvoll – aber als Weiterbildung bereits ausgebildeter Pflegekräfte, nicht als Zugangsvoraussetzung. Um dem Ärztemangel im ländlichen Raum entgegenzuwirken, ist es notwendig, dass ein Medizinstudium mit guten Studienbedingungen in allen Landesteilen möglich ist. Damit die Studierenden wirklich im Arztberuf ankommen, müssen die Abbrecherquoten auf ihre Ursachen untersucht werden – hier ist Rot-Grün gefordert.



... muss der detaillierte Bedarf ermittelt und berücksichtigt werden. Die Anzahl der Ärzte lediglich pauschal für große Regionen zu planen, reicht nicht mehr aus: Auch die Bedürfnisse in den Vierteln und Stadtteilen müssen berücksichtigt werden. Nur dann kann mit Blick auf die unterschiedlichen Altersstrukturen eine bedarfsgerechte Versorgung vor Ort sichergestellt werden. Lediglich die sogenannten Alten-Wohngemeinschaften ins Leben zu rufen, ist zu wenig. Im hohen Alter ist häufig eine intensive Betreuung notwendig, die nur mit gut ausgebildetem Fachpersonal und einem angemessenen Betreuungs- und Fachkräfteschlüssel zu gewährleisten ist.

... müssen vor allem die Gesundheitsfachberufe attraktiver gestaltet werden. Es sind die schlechte Bezahlung und der enorme Stress bei enorm hoher Verantwortung, die viele dieser Berufe für die meisten Menschen unattraktiv machen. Da die Rund-um-die-Uhr-Pflege immer wichtiger wird, müssen wir endlich anfangen, unser Pflegepersonal wirklich zu unterstützen und die Ausbildung zu fördern. Ein weiteres großes Problem ist die verstärkte Unverträglichkeit von Familie und Beruf, die die meisten pflegenden Berufe mit sich bringen. Für dieses Problem wären z. B. Betriebs-Kindertagesstätten mit an den Arbeitszeiten angepassten Öffnungszeiten eine Lösung.

... muss mehr in die Ausbildung der Altenpflege investiert und die Altenpflege selbst finanziell besser ausgestattet werden. Fehlt uns gut ausgebildetes Personal, riskieren wir, dass die durchschnittliche Lebenserwartung wieder sinkt. Dies gilt es, in jedem Fall zu verhindern. Wir müssen jetzt die Weichen für morgen stellen. Der Gesellschaft bleibt gar nichts anderes übrig, als die Pflege immer stärker finanziell zu unterstützen, wenn wir ein würdevolles Altern und Sterben ermöglichen wollen, was heutzutage schon immer seltener wird. Je länger wir warten, um so schlimmer wird die Notlage.